

---

*Anlagen*

1. *Fragenkatalog zur Anhörung „Erfassung und Einbindung des Menschen im SED-Staat: Zur Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992, Bonn, Bundeshaus*
- 1) Welche Rolle war den Blockparteien und Massenorganisationen und ihren Mitgliedern von der SED zugewiesen? Welchen Einfluß machte die SED auf Entstehung sowie innere und äußere Gestaltung der Blockparteien und Massenorganisationen geltend (institutionalisierte Anleitung, politische Programme, Mitglieder- und Funktionärsauswahl etc.)?
- 2) Welche Formen der Abhängigkeit und Selbständigkeit bestanden für Blockparteien und Massenorganisationen gegenüber der „führenden Rolle“ der SED?
- 3) Welche Motive haben Menschen zum Eintritt in eine Blockpartei oder Massenorganisation veranlaßt bzw. welche Werbungsmechanismen wurden zur Mitgliedergewinnung eingesetzt?
- 4) Wie war das Verhältnis zwischen oberer Hierarchieebene und Basis bei den Blockparteien und Massenorganisationen gekennzeichnet?
- 5) Welche Bedeutung kam den innerdeutschen Auseinandersetzungen in den Blockparteien und Massenorganisationen zu?
- 6) Welche Rolle und Funktion spielten die Blockparteien und Massenorganisationen während der Krise der DDR gegen Ende der achtziger Jahre und in der Umbruchphase 1989/90?
- 7) Wie gingen bzw. gehen die Blockparteien und Massenorganisationen mit ihrer DDR-Vergangenheit um?
2. *Thesenpapier von Prof. Dr. Karlheinz Blaschke*
- 1) Die bürgerlichen Parteien sind nach dem deutschen Zusammenbruch 1945 auf dem Boden der späteren DDR von Männern und Frauen gegründet worden, die bis 1933 im politischen Leben gestanden und über die zwölf Jahre der Hitlerdiktatur hinweg sich den Willen zu einem demokratischen Neubeginn erhalten hatten. Es ging ihnen um den Wiederaufbau der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates. Einige von ihnen hatten Verfolgungen erlitten. Sie wurden anfangs von der sowjetischen Besatzungsmacht geachtet, zumal die bürgerlichen Parteien im Sinne der anfänglichen sowjetischen Deutschlandpolitik das Bild einer pluralistischen Demokratie darstellen sollten.
- 2) Mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage in Richtung auf den Kalten Krieg und besonders mit der allmählichen Übernahme von

Zuständigkeiten durch deutsche Kommunisten wurden die bürgerlichen Parteien benachteiligt, ihre führenden Persönlichkeiten kritisiert, öffentlich diffamiert, z.T. verhaftet und auf gewaltsame Weise ausgeschaltet. Sie wurden durch willfähige Leute aus den eigenen Reihen ersetzt, so daß die beiden alten bürgerlichen Parteien CDU und LDP auf ihren Führungsebenen schließlich gleichgeschaltet wurden, während die auf Betreiben der SED gegründeten beiden neuen Parteien DBD und NDP von Anfang an als Hilfstuppen unter bis dahin kommunistischen Funktionären als Vorsitzenden wirkten.

- 3) Auf zentraler Ebene der Parteileitungen und auf den Parteitag erwiesen sich die vier „verbündeten“ Parteien als verlängerte Arme der SED mit der Aufgabe, die Politik der SED in den noch vorhandenen bürgerlichen und christlichen Teilen der Bevölkerung durchzusetzen. Sie verzichteten auf eigene Parteiprogramme, was allein ihre Existenzberechtigung in Frage stellte, und machten sich zu willigen Propagandisten des jeweils neuesten Programms der SED. Sie ließen es geschehen, daß die SED bei der Besetzung von Leitungsposten in den Blockparteien und bei der Benennung von Kandidaten für Volksvertretungen aus diesen Parteien eine Aufsicht führte, um unliebsame Kandidaten auszuschalten, und daß die parteieigene Presse von der SED ständig kontrolliert wurde, was bis zur Abberufung von Redakteuren ging.
- 4) Trotz der Korrumpierung der Spitzenvertreter auf zentraler Ebene und trotz der Anpassungsbereitschaft führender Funktionäre auf den mittleren und unteren Leitungsebenen organisierten sich in den Blockparteien einige hunderttausend DDR-Bürger, die damit ihren Willen ausdrückten, sich von der SED zu unterscheiden. Bei den älteren Mitgliedern ist dabei an die Vorstellung zu denken, die Ziele der Gründerzeit von 1945 doch noch verfolgen zu können. Später hinzugekommene, vor allem auch junge Mitglieder sind in die Parteien eingetreten, um ihr Anderssein gegenüber der SED zu bekunden, um gegenüber Anwerbungsversuchen der SED ein Alibi zu besitzen oder um von der Basis einer vormals als staatstragend bezeichneten Partei aus die zwar geringen, aber dennoch gegebenen Möglichkeiten zur Mitwirkung am öffentlichen Leben wahrzunehmen.
- 5) In den Ortsgruppen der Blockparteien fanden sich Menschen zusammen, denen es bewußt war, daß ihnen ihre Parteimitgliedschaft im allgemeinen, anders als die Mitgliedschaft in der SED, keine beruflichen oder anderen materiellen Vorteile einbrachte. Die Zugehörigkeit zu einer nichtkommunistischen Partei bedeute für sie eine Vergewisserung ihres abweichenden, z.T. auch nonkonformistischen Standpunktes. Gemeinschaft und Gedankenaustausch innerhalb der Ortsgruppen dienten der gegenseitigen moralischen Stärkung und halfen beim Durchstehen einer nicht grund-

sätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

- 6) Vertreter der Blockparteien in den Volksvertretungen auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene haben sich innerhalb der gesetzten Grenzen in achtunggebietender Weise für die Interessen der Menschen eingesetzt und in den unabänderlichen, von der SED-Herrschaft geschaffenen Rahmenbedingungen den vorhandenen Spielraum genutzt, um Härten zu mildern, schroffe Gegensätze auszugleichen und die Lebensbedingungen insgesamt erträglicher zu machen. Während auf zentraler Ebene die Volkskammerfraktionen der Blockparteien an den großen Entscheidungen nichts ändern konnten, war es den Vertretern in den genannten Gremien möglich, an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitzuwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht.
- 7) Zwischen den Führungskräften der Blockparteien und den Parteimitgliedern in den Ortsgruppen bestanden wesentliche, spürbare Unterschiede in bezug auf das Bekenntnis zu den politischen Verhältnissen in der DDR und zur führenden Stellung der SED. Während diese Gegebenheiten auf der höchsten Ebene voll anerkannt und bejaht und in oft peinlich wirkenden öffentlichen Erklärungen immer wieder beteuert wurden, herrschte im Parteivolk eine Stimmung, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung bewirkt wurde.
- 8) Das Bedürfnis der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED, in der DDR nach außen hin ein Mehrparteiensystem vorzuführen, und die unbedingte Hörigkeit der Führungspersonen verschaffte den Blockparteien insgesamt ein z. B. widerwillig gewährtes, aber doch formal zugestandenes gewisses Ansehen innerhalb der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur der DDR, so daß ihre Mitglieder in gewählten Entscheidungsgremien notwendig waren und im Berufsleben gewisse Aufstiegsmöglichkeiten bis zu einer mittleren Leitungsebene besaßen. Auf diese Weise konnten qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich unter Anerkennung ihrer Parteimitgliedschaft in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen, ihre Fähigkeiten nutzbar machen und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten.
- 9) Zwischen den Blockparteien ließ sich niemals eine Solidarität der „bürgerlichen“ Kräfte gegenüber der SED erkennen, aus der heraus etwa ein gemeinsames Handeln für eine Beseitigung oder wenigstens Modifizierung des starren politischen und wirtschaftlichen Systems möglich gewesen wäre. Auch in der Schlußphase der DDR im Herbst 1989 kam es nicht

zu einem Zusammenwirken, aus dem sich in der offensichtlich gewordenen Schwäche der SED die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Parteien ergeben hätte, die sich jetzt wieder ihrer ursprünglichen Selbständigkeit hätten bewußt werden können. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korruptiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Von geringen Ausnahmen abgesehen gingen von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften aus, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war das Monopol der SED, daneben wurde er nur auf kirchlicher Ebene geführt.

- 10) In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der Gründerzeit gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut liegengeblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte aber keine entscheidende Rolle gespielt.

Es bleibt eine offene Frage, ob das Fortbestehen der bürgerlichen Parteien nach ihrer Gleichschaltung trotz aller Anpassung an das SED-Regime als richtig einzuschätzen ist oder ob diese Parteien richtig gehandelt hätten, wenn sie es auf eine totale Konfrontation mit dem Risiko des Verbots hätten ankommen lassen sollen.

3. *Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung von Vertretern unterschiedlicher Leitungsebenen und Mitarbeitern des Zentralverbandes der LDPD*

Im Vorfeld der Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages zur Thematik „Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992 führte der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmieder Gespräche mit dem oben genannten Personenkreis, die er zusammengefaßt für geeignet erachtet, dem Protokoll der Anhörung als Anlage anzufügen. Die vorliegende Niederschrift orientiert sich an einem Aufsatz eines ehemals beim Zentralverband beschäftigten Mitarbeiters.